

ROSA.

Revolutionäre
Organisation für einen
Sozialistischen
Aufbruch



**WER WIR SIND UND
WAS WIR WOLLEN**

Vorwort.

In dieser Broschüre möchten wir darlegen, wer wir sind und was wir wollen. Als linke Organisation sind wir der Überzeugung, dass wir anhand unserer hier aufgeführten Gesellschaftsanalysen und politischen Positionen klarstellen müssen, warum es sich lohnt, mit uns gemeinsam zu kämpfen. Auch wollen wir damit einen sachlichen Beitrag leisten zu linkspolitischen Debatten, die oft moralisch aufgeladen erscheinen und sich vom aktuellen Tagesgeschehen leiten lassen, während grundlegende Analysen und Positionen, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen, vergessen werden. Dies führte in den letzten Jahrzehnten zu einer Orientierungslosigkeit sowie einer damit einhergehenden, anhaltenden Krise der gesamten gesellschaftlichen Linken.

Um dem entgegenzuwirken und die Welt zu verstehen - sie somit auch in unserem Interesse nachhaltig verändern zu können - schöpfen wir unser Wissen aus den weltanschaulichen und politischen Lehren der revolutionären Arbeiter:innenbewegung. Diese und ihre historisch einflussreichen Persönlichkeiten - allen voran Karl Marx und Friedrich Engels - haben uns eine Wissenssammlung aus praktischen Erfahrungen und theoretischen Analysen hinterlassen, auf deren Weiterentwicklungen wir unsere politische Praxis aufbauen wollen. Die Einheit von Theorie und Praxis bedeutet auch die Einheit von Erkenntnis und wirksamer Veränderung und wir erhoffen uns, mit den folgenden Ausführungen einen entsprechenden Beitrag dazu zu leisten.

Inhalt.

01 • *Kapitalismus und Staat*

07 • *Antiimperialismus*

13 • *Antifaschismus*

21 • *Antirassismus*

27 • *Feminismus*

33 • *Klimakampf*

**37 • *Reform, Revolution
und Sozialismus***



*Demo zum 1. Mai, dem internationalen
Kampftag der Arbeiter:innenklasse.*

Kapitalismus und Staat.

“Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.”

- Bertolt Brecht

Der Kapitalismus hat mittlerweile den Großteil unserer Erdoberfläche erobert und durchdringt alle Bereiche unseres Lebens. Trotz aller Wandlungen in den letzten Jahrhunderten basiert er weiterhin grundsätzlich auf der Ausbeutung von Mensch und Natur, auf der Ausbeutung der Mehrheit durch eine Minderheit. Diese Minderheit ist die Klasse der Kapitalist:innen, sie verfügt über das Privateigentum an Produktionsmitteln: Ihnen gehören die Fabriken, Maschinen, digitale Infrastruktur und alle anderen wichtigen Produktionsmittel, die für die Herstellung der relevanten Güter in unserer Gesellschaft notwendig sind.

Die Mehrheit, das ist unsere Klasse: Die Arbeiter:innenklasse. Sie ist von diesem Eigentum ausgeschlossen und dadurch gezwungen, ihre Arbeitskraft unter ihren Wert an die Kapitalist:innen zu verkaufen, um ihre Existenz zu sichern. Sie umfasst nicht nur das Klischeebild des männlichen, weißen Fabrikarbeiters im Blaumann, sondern auch die alleinerziehende Aldi-Kassiererin, die ausgebrannte Büroangestellte oder den migrantischen Paketboten. Trotz ihrer Zersplitterung und Vielfalt bildet sie die große Mehrheit der Bevölkerung in der BRD. Durch die globale Ausbreitung des Kapitalismus ist die Arbeiter:innenklasse auch weltweit historisch so groß wie noch nie. Über Landesgrenzen, Kulturen und Lebensstile hinweg teilt sie ein gemeinsames Klasseninteresse. Durch ihre zentrale Rolle im Produktionsprozess ist sie als Klasse in der Lage, die Verhältnisse grundlegend zu ändern. Sie ist wie ein schlafender Riese, der sich seiner Macht noch nicht bewusst ist.

Denn während die Kapitalist:innen so viel Profit wie nur möglich aus den Arbeiter:innen pressen und sich auf ihren Rücken bereichern, müssen die Arbeiter:innen für jede kleine Lohnerhöhung kämpfen, obwohl sie es sind, die den ganzen Laden namens Gesellschaft am Laufen halten; obwohl sie es sind, die den gesamten Reichtum in unserer Gesellschaft schaffen, der von den Kapitalist:innen privat angeeignet

wird. Das hat jedoch nichts mit der „Gier“ oder der moralischen Verkommenheit von Einzelnen oder gar der „menschlichen Natur“ zu tun, sondern mit den strukturellen Sachzwängen der kapitalistischen Systemlogik, denen alle Kapitalist:innen unterworfen sind und sie zu ständigem Wachstum zwingen.

Aufgrund seiner inneren Widersprüche und seiner Produktion nach dem Prinzip der Marktkonkurrenz produziert der Kapitalismus außerdem ständig wiederkehrende Krisen, die regelmäßig zu Massenverarmung, Arbeitslosigkeit und Vernichtung von wirtschaftlichen Ressourcen führen. Außerdem richtet sich die Produktion im Kapitalismus auch nicht nach unseren Bedürfnissen, sondern nach dem größtmöglichen Profit. Dass zum Beispiel die Mieten in vielen Städten explodieren und das gesellschaftliche Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum nicht erfüllt wird, oder Konzerne die Umwelt und das Klima zerstören, statt auf eine ökologische Produktion umzustellen, ist kein „Versagen“ des kapitalistischen Marktes. Es war nie sein Ziel.

Gleichzeitig entziehen sich im Kapitalismus alle wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen über die Produktion, die das Leben von Milliarden Menschen betreffen, jeglicher demokratischen Kontrolle. Wir haben stattdessen die „Wahl“, alle vier Jahre zu entscheiden, welche Mitglieder der herrschenden Klasse uns ver- und zertreten sollen. Solange jedoch die-



Demonstration in Düsseldorf gegen das neue Versammlungsgesetz.

se ökonomische Macht und damit auch die politische Macht in den Händen einiger Weniger liegt, kann es keine echte Demokratie geben. Um das Privateigentum zu schützen und die kapitalistische Maschinerie aufrechtzuerhalten, ist der Kapitalismus zudem auf ein Gewaltorgan angewiesen: Den bürgerlichen Staat.

Mit dem Aufkommen der ersten Klassengesellschaften in der Antike auf Grundlage der Sklaverei, entwickelten sich auch die ersten Staaten als Instrument der jeweiligen herrschenden Klassen, um die ausgebeuteten Klassen zu unterdrücken.

So ist auch der heutige bürgerliche Staat mit seinen Gefängnissen, Gerichten, Geheimdiensten und seiner Armee kein neutraler Akteur, der über der Klassengesellschaft schwebt und für das „Allgemeinwohl“ sorgt, sondern ein Machtinstrument im Interesse des Kapitals. Die Polizei ist etwa nicht dafür da, Kätzchen von Bäumen zu retten und uns vor „Verbrechern“ zu beschützen, sondern unter anderem um arme Menschen aus ihren Wohnungen auf die Straße zu prügeln, wenn sie sich die Mieten nicht mehr leisten können, oder ins Gefängnis zu stecken, wenn sie die Tickets für Bus und Bahn nicht bezahlen können. Auch das Eigentumsrecht von Konzernen wie RWE setzen sie mit Knüppelschlägen gegen jeden Widerstand durch, um ganze Dörfer für dreckige Kohle abzureißen. Das alles geschieht ganz legal,

denn in unserem sogenannten „Rechtsstaat“ herrscht eine Klassenjustiz: Die herrschenden Gesetze sind die Gesetze der herrschenden Klasse.

Gleichzeitig verbreitet der bürgerliche Staat über Schulen und Universitäten systemkonforme kapitalistische Ideologie, um die bestehenden Verhältnisse zu rechtfertigen und jeden Widerstand bereits in den Köpfen der Menschen im Vorfeld auszuschalten, indem der Kapitalismus als „alternativlos“ erklärt wird und der Glaube an grundlegende Alternativen zu ihm durch antikommunistische Propaganda gebrochen werden soll.

Auch versucht er, durch Teilzugeständnisse jeden potenziell systemgefährdenden Widerstand in sich zu integrieren und somit unschädlich zu machen. In Zeiten sozialer Unruhen, kämpferischer Streiks und revolutionärer Situationen tritt der repressive Klassencharakter des Staates dabei besonders offen zu Tage.

Linksliberale Rufe nach mehr „Diversität“ oder „Verhältnismäßigkeit“ bei seiner Gewaltanwendung ändern allerdings nichts an seinem strukturellen Klassencharakter und seiner objektiven Herrschaftsfunktion.

Antiimperialismus.

**“Der Kapitalismus trägt den Krieg
in sich wie die Wolke den Regen”**

- Jean Jaures

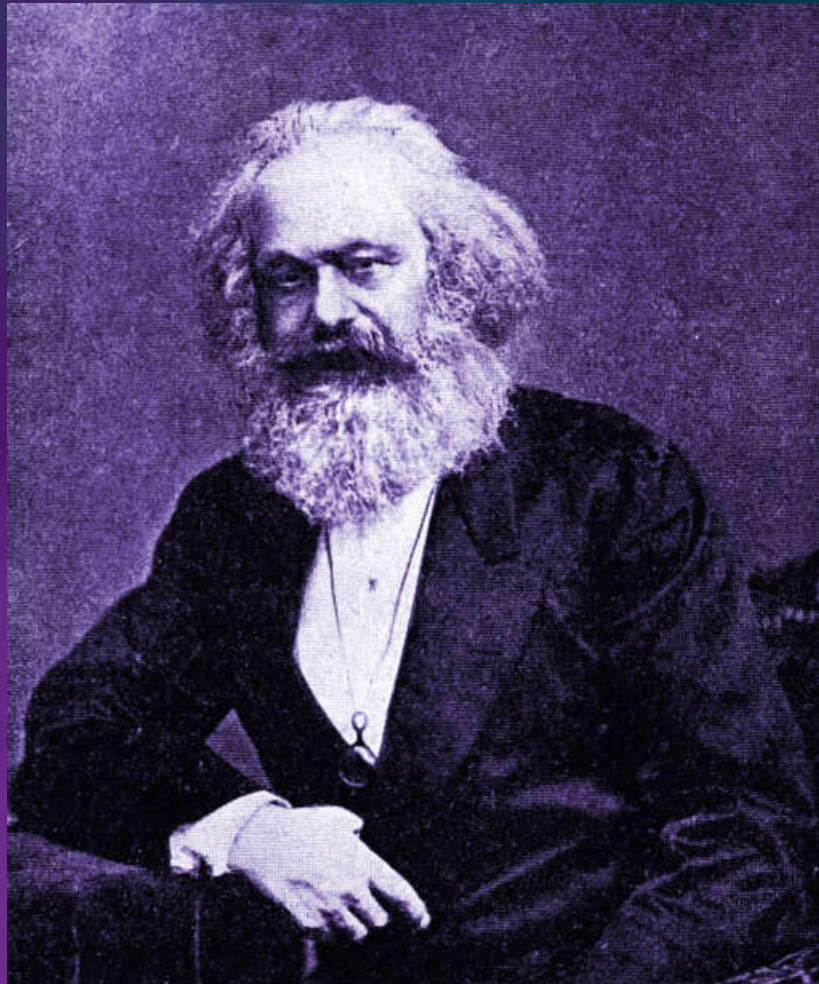
Krieg und Gewalt sind seit dem Aufkommen des Kapitalismus untrennbar mit diesem verflochten: Die gewaltvolle Enteignung und Vertreibung der Bäuer:innen, die notwendig war, um ein Industrieproletariat entstehen zu lassen; der Kolonialismus, der die Ressourcen fremder Länder ausbeutete und eine industrielle Revolution erst möglich machte, und damit eng verbunden die Sklaverei als grausame Aneignung von Arbeitskraft. Aus der wirtschaftlichen Dynamik auf Wachstum angewiesener Betriebe und Volkswirtschaften entstand mit der zunehmenden Konzentrierung des Kapitals der Monopolkapitalismus - damit auch der Imperialismus und eine im Kapitalismus angelegte Kriegsgefahr. Die wohlhabenden kapitalistischen Staaten konkurrieren um Einfluss und Wachstumsmöglichkeiten im Ausland, häufig durch Gewalt und Unterdrückung, und müs-

sen diese Konflikte schließlich militärisch austragen, wenn sie nur noch auf Kosten anderer imperialistischer Mächte expandieren können.

**„Die Dividenden steigen
und die Proletarier fallen“**

- Rosa Luxemburg

Die Waffenindustrie stellt das dafür notwendige Gerät in der ganzen Welt bereit und erwirtschaftet immense Gewinne durch den Verkauf todbringender Ware. Antimilitarismus ist somit der Kampf gegen die strukturelle militärische Gewalt dieses Systems und der Versuch, der immanenten Kriegsgefahr etwas entgegenzusetzen. Neben dem Fokus auf die Waffenindustrie selbst gilt es auch der Militarisierung der Gesellschaft zu begegnen. Entschlossen wenden wir uns gegen Aufrüstung, Nationalismus, Kriegspropaganda und die Verharmlosung bis hin zur Glorifizierung vom vermeintlich heldenhaften Tod fürs Vaterland. Selbst in linken Kreisen sind solch patriotische und chauvinistische Denkmuster zu finden, die den Diskurs gefährlich zuspitzen. Angesichts zunehmender Aufrüstung und Bundeswehrpropaganda ist uns klar, dass wir gegen die heimische Waffenproduktion vorgehen müssen. Der Hauptfeind steht im eigenen Land.



Karl Marx entwickelte zusammen mit Friedrich Engels die Methode des historischen Materialismus.

“Die Arbeiter haben kein Vaterland”

- Karl Marx/Friedrich Engels

Als Marxist:innen verstehen wir, was uns wirklich trennt und was uns wirklich verbindet. Das, was uns wirklich verbindet, ist die Klassenzugehörigkeit, unser Verhältnis zu den Produktionsmitteln, und das über Nationen und Kontinente hinweg. Lohnarbeiter:innen in Deutschland teilen ihr Klasseninteresse mit Lohnarbeiter:innen auf der ganzen Welt und sie eint ein gemeinsamer Gegner mit entgegengesetzten Zielen: die Kapitalist:innenklasse. Herkunft und Nationalität lenken von dieser wahren Gemeinsamkeit bloß ab, daher gilt die alte Devise: Proletarier:innen aller Länder vereinigt euch!

Wir dürfen also nicht naiv sein, sondern müssen einen bewussten Umgang damit finden, dass wir in Deutschland im Zentrum des Imperialismus agieren, während der überwiegende Teil der Weltbevölkerung und auch der revolutionären Linken in den Staaten beheimatet ist, die von imperialistischer Ausbeutung betroffen sind. In einer globalisierten Welt, in der die großen Konzerne alles unter sich aufteilen, ist es umso wichtiger, den Kampf als einen gemeinsamen zu verstehen. Ausbeutung und Produktion finden längst auf dem Weltmarkt statt. Neue Märkte werden erschlossen und bestehende wirt-

schaftliche und kulturelle Zusammenhänge werden zerstört. Besonders die Bevölkerung des globalen Südens wird umso brutaler ausgebeutet. Dies äußert sich unter anderem in Institutionen wie dem Internationalen Währungsfond, der als Teil der US-amerikanischen Hegemonie zahlreiche Staaten in Abhängigkeitsverhältnisse zwingt. Diese können sich nicht souverän behaupten, da sie zwischen imperialistischen Machtblöcken gefangen sind. Daher stehen wir solidarisch mit allen Unterdrückten und gegen alle Unterdrücker.

Eine solche Blockbildung gegenüber dem erstarken China oder Russland stellt dabei eine Neuaufteilung der Welt dar. Mit zunehmender Konkurrenz der imperialistischen Mächte steigt auch die Gefahr eines Weltkrieges zwischen Atommächten. Der imperialistischen Ausbeutung gilt es sich deswegen entschieden entgegenzustellen. Antikapitalismus bedeutet somit konsequente und gelebte internationale Solidarität auf dem Weg zum Sozialismus.



Friedrich Engels verfasste gemeinsam mit Karl Marx das kommunistische Manifest, in dem große Teile der marxistischen Weltanschauung festgehalten wurden.

Antifaschismus.

„Wer über den Kapitalismus nicht reden will, sollte über den Faschismus schweigen.“

– Max Horkheimer

Der Faschismus lässt sich nicht auf einer reinen ideologischen Ebene, durch die Boshaftigkeit Einzelner oder psychologische Muster erklären. Er ist ein Produkt und eine Form des Kapitalismus in seiner brutalsten Form. Der bürgerliche Antifaschismus in der BRD nach 1945 reduziert den Faschismus auf seine ideologischen Merkmale von Rassismus, Antisemitismus und Führerkult, oder setzt durch die sogenannte Hufeisentheorie oder Totalitarismustheorien gar Faschismus und Sozialismus gleich. Ideologische Merkmale des Faschismus können nicht geleugnet werden -insbesondere nicht in Deutschland, in dem die Nazis aufgrund ihrer Rassenideologie Millionen von Menschen ermordeten, die nicht in ihr Weltbild passten. Aber ideologische Merkmale sind nicht der einzige Wesenszug des Faschismus. Während sich der Faschismus an der Macht in

Deutschland von 1933 bis 1945 als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente“ (Dimitroff) des Kapitals bestimmen lässt, müssen wir uns als Antifaschist:innen heute über den Charakter des Faschismus klar werden. Der antifaschistische Kampf darf sich daher nicht auf die Bekämpfung von rechten Strukturen oder Parteien beschränken, sondern muss sich das Ziel setzen, die Ursache des Problems, also den Kapitalismus und den Imperialismus zu bekämpfen.

Die in einer ganzen Reihe von Ländern immer stärker werdende Transformation von bürgerlich-demokratischen in konservativ-autoritäre Regime zeigt die Gefahr des Faschismus. Die Zeit, in der kaum faschistische Parteien über eine Massenbasis verfügten, geht zu Ende. In Zeiten der zunehmenden ökonomischen und politischen Krisen bekommen genau diese verstärkt Zulauf. Der Faschismus hat seine Ursache letztendlich in den ökonomischen, politischen und ideologischen Prozessen der kapitalistischen Gesellschaft und seiner gegenwärtigen imperialistischen Ausprägung. Die kapitalistischen Verhältnisse und der bürgerliche Staat schaffen durch ihren Klassencharakter, ihre neoliberale Verelendungspolitik und Entfremdung überhaupt erst den Nährboden für den Faschismus. Er vertieft die Spaltung durch Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus zu Gunsten einer „Einheit des Volkes“ nach außen. In

Krisen dient er so als das letzte Bollwerk des Kapitals, um mit Gewalt die kapitalistische Produktionsweise und Eigentumsordnung zu bewahren und seine imperialistischen Interessen durchzusetzen. Parteien wie die AfD, NPD oder III.Weg mögen sich noch so sehr als Alternative zur herrschenden Politik stilisieren. Sie sind keine Kraft, auf die sich die Arbeiter:innenklasse stützen kann, sondern müssen von dieser bekämpft werden.

Auch ohne eine explizite Machtergreifung oder Machtübergabe wie 1933 beobachten wir in den letzten Jahrzehnten eine zunehmend Faschisierung bürgerlicher Demokratien durch den massiven Ausbau eines autoritären Sicherheitsstaates, der sich in verschärften Polizeigesetzen oder durch neue Überwachungs- und Kontrollsysteme zeigt. Die Kontinuität einer nie erfolgten Entnazifizierung in der Nachkriegs-BRD zeigt sich bis heute. Unter dem Vorwand von Law & Order oder der Terrorismusbekämpfung werden neben Antifaschist:innen auch andere progressive Kräfte bekämpft, während faschistische Gruppen wie der NSU vom Verfassungsschutz mit ausgebaut und geschützt werden und sich in Polizeibehörden und Bundeswehr Nazis und Reichsbürger weiter bewaffnen.

Der Faschismus ist, auch wenn er hier mit dem industriellen Massenmord an sechs Millionen Juden seine grausamste Ausprägung gefunden hat, kein

auf Deutschland reduzierbares Problem. Auf der ganzen Welt können wir historisch und gegenwärtig faschistische Regime und Bewegungen identifizieren, die sich zwar im Einzelfall in ihrer Erscheinungsform oberflächlich stark unterscheiden können, im Kern aber als die Unterdrückung der revolutionären Bestrebung der Arbeiter:innenklasse zugunsten des Erhalts des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu verstehen sind.

Ein klassenbewusster Antifaschismus ist demnach mit der Praxis breiter Bündnisse um jeden Preis (vor allem mit bürgerlichen Parteien und Organisationen) nicht zu vereinbaren. Im Kampf gegen den Faschismus sind der kapitalistische Staat und seine Parteien keine Verbündeten, sondern Teil des Problems und müssen ebenfalls bekämpft werden. Sie sind es, die Antifaschist:innen, die die Zustände nicht hinnehmen wollen, kriminalisieren und mit Repression überziehen und im Zweifelsfall mit Faschist:innen kooperieren oder koalieren.

Der Antifaschismus in der Praxis muss mehr als „schwarzer Block“ sein, mit dem die Bevölkerung nichts verbindet außer Krawall. Militanter Antifaschismus ist notwendig und legitim, er muss aber neben der Bekämpfung faschistischer Organisationen auch klassenbewusst und revolutionär den Kapitalismus als Wurzel des Faschismus bekämpfen und sich in der Bevölkerung verankern. Es braucht

eine kämpferische und gut organisierte Arbeiter:innenklasse, die Antifaschismus selbst in die Hand nimmt! Auf der Straße, im Viertel im Betrieb und überall sonst, wo es gilt dem Faschismus entgegen zu treten!

„Über dem Chaos der heutigen Zustände wird sich die Riesengestalt des Proletariats mit dem Rufe aufrecken: Ich bin der Wille! Ich bin die Kraft! Ich bin der Kampf, der Sieg! Mir gehört die Zukunft!“

- Clara Zetkin



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg waren revolutionäre Kommunistinnen, die der KPD angehörten und für die Befreiung der Frau kämpften.



Infolge der zunehmenden Faschisierung rief die KPD im Jahr 1932 zur „Antifaschistischen Aktion“ auf.

Antirassismus.

“Ihr könnt keinen Kapitalismus ohne Rassismus haben.”

- Malcolm X

Wenn in unserer Gesellschaft von Rassismus gesprochen wird, ist damit oft die Diskriminierung von Menschen aufgrund Ihrer Herkunft, Hautfarbe, ihres Namens oder anderer Merkmale wie bestimmter Zuschreibungen aufgrund von persönlichen Vorurteilen gemeint. Innerhalb dieser Denkmuster kann Rassismus verschiedene Formen annehmen und sich gegen unterschiedliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen richten, wie z.B. Antislawischer Rassismus, Antimuslimischer Rassismus oder Antiasiatischer Rassismus.

Rassismus begegnet uns in der Gesellschaft oftmals sehr offen, zum Beispiel durch die Pauschalisierung von Imbissbuden Besitzer:innen als „Türken“, die mediale Kriminalisierung von Shisha Bars, über rassistisch motivierte Polizeikontrollen wie racial profi-

ling bis hin zu rassistischen Morden in Halle und Hana, den NSU sowie die Morde an Oury Jalloh und Mouhamed Dramé durch die Polizei.

Ebenso begegnet uns Rassismus auf dem Arbeitsmarkt, wenn bestimmte Bereiche des Arbeitsmarktes fast ausschließlich durch Migrant:innen aufrecht erhalten werden. Diese sind durch Überausbeutung und schlechtere Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Auch auf dem Wohnungsmarkt werden Hautfarbe, Name und Religionszugehörigkeit zu Kategorien, mit denen Menschen ausgeschlossen werden.

Auch international zeigt sich Rassismus zum Beispiel an den EU-Außengrenzen und bei der zivilen Seenotrettung, die schutzsuchende Menschen bestimmter Herkunftsländer kategorisch bereits an der Grenze an einem Asylantrag hindert.

Um Rassismus zu überwinden, ist es jedoch wichtig zu begreifen, dass dieser untrennbar von der Klassengesellschaft und den daraus hervorgehenden rassistischen Strukturen und Ideologien ist. Diese dienen in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Interessen des Kapitals.

Unsere jetzige Wirtschaftsordnung ist Profit orientiert und sie wird durch die Eigentümer:innen von Produktionsmitteln und deren Interessen gesteuert, also durch Kapitalist:innen. Dem Gegenüber steht die Klasse der Arbeiter:innen, die diese Profite erwirtschaftet, jedoch nicht über Kapital sondern nur über

ihre Arbeitskraft verfügt, die zur Profitmaximierung global ausgebeutet wird.

Dadurch existiert ein stetiger Konkurrenzkampf. Meistens geht es dabei um den Marktpreis zwischen Kapitalist:innen, der zu einer Überausbeutung von migrantischen Arbeiter:innen führt. Hierbei spielt Rassismus eine große Rolle, denn er dient der Legitimation der Überausbeutung. Eine Gleichstellung innerhalb der Arbeiter:innenklasse ist aus diesem Grund auch nicht gewollt.

Eine Form davon ist die gezielte Anstellung von Arbeitsmigrant:innen zu arbeitsrechtlichen Standards in den Herkunftsländern, womit die bereits vorhandene Ausbeutung weiter ausgereizt wird.

Die Logik des Kapitals schürt Rassismus und dient somit der Spaltung der Arbeiter:innenklasse, damit diese sich nicht gegen die ihr gegenüberstehenden Verhältnisse organisiert.

Diese Formen des strukturellen Rassismus sind das Resultat kapitalistischer Interessen und machen deutlich, dass Rassismus nur über eine sozialistische Perspektive überwunden werden kann.

Dabei müssen unsere bestehenden Verhältnisse hinterfragt und durchbrochen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass antirassistische Arbeit nicht nur Gleichstellung von Migrant:innen und

Nicht-Migrant:innen innerhalb der Arbeiter:innenklasse oder Diversity in DAX-Vorständen bedeutet, sondern die Überwindung unseres kapitalistischen Systems bis hin zu einer klassenlosen Gesellschaft. Aus diesem Grund lehnen wir den in der Gesellschaft verbreiteten liberalen Antirassismus ab und bauen unsere politische Praxis auf Grundlage einer marxistischen Weltanschauung auf.

Dabei begreifen wir, dass antirassistische Kämpfe nicht separat funktionieren können, und die Verbindung von Kämpfen gegen Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung unabdingbar ist.

Eine andere Welt ist möglich.



Gedenkdemo in Düsseldorf zum dritten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau.

#SayTheirNames: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkow.

Feminismus.

**“Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus,
kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung.”**

- Alexandra Kollontai

Wir leben in einer Welt, in der der Kapitalismus alle Bereiche unseres Lebens durchdrungen hat. Arbeit, Familie, Reproduktion- aber auch die Definitionen und Rollen von Geschlechtern, die Frage, was es heißt eine Frau zu sein. Geschlechter und Geschlechterrollen sind lange nicht überwunden und immer noch leiden Frauen im Patriarchat unter prekären Arbeitsbedingungen und Verwertungszwang und leisten den Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit. Frauen werden in diesem System doppelt ausgebeutet: bei der Lohnarbeit als Produktionskraft, als auch in den eigenen vier Wänden.

Der Verkauf ihrer Arbeitskraft an Firmen und Konzerne wird trotz gleicher Ausbildung und Beschäftigung geringer bezahlt als der ihrer männlichen Kollegen. So werden sie strukturell von Männern abhän-



Alexandra Kollontai war eine feministische Marxistin und Revolutionärin. Sie wurde nach der Oktoberrevolution die erste Ministerin in der Geschichte.

gig gemacht. Übernehmen Frauen, wie es wegen des Gender Pay Gaps (der immer noch bei 18% liegt) für die meisten heterosexuellen Paare strukturell notwendig ist, zusätzlich noch die sogenannte Reproduktionsarbeit, wird diese zur Hintegrundtätigkeit verschleiert und erfährt weder Entlohnung noch gesellschaftliche Wertschätzung. So benötigt es die kapitalistische Wirtschaftsweise schließlich. Wir sehen, die klassische geschlechtliche Arbeitsteilung mit der Frau zuhause und dem Mann in der Lohnarbeit oder auch die liberale Darstellung von Männern im Job und "Girlbossen" in Führungspositionen ist ein Mythos. Denn im kapitalistischen System müssen die meisten Frauen zusätzlich zu den ihnen aufgebürdeten Reproduktionstätigkeiten noch Teilzeit und Minijobs übernehmen, um über die Runden zu kommen. Und nicht mal das reicht für die meisten aus, um Altersarmut zu entgehen.

Dabei werden konservative Geschlechterrollen und Geschlechterungleichheiten (re)produziert. Immer noch werden FLINTA (Frauen, Lesben, Inter- Nichtbinäre, Trans- und Agender Personen), besonders jüngere FLINTA sexualisiert, während ihnen eigenmächtige Sexualität abgesprochen wird.

Die Lösungsansätze, die uns dafür angeboten werden, zeugen von der Monopolstellung des Liberalfeminismus. Dieser weist uns mit individualistischen Empfehlungen zurück, einen self-care-day einzule-

gen oder „höhere“ Positionen in Firmen einzunehmen. Dabei werden die strukturellen sowie historischen und sozialen Faktoren völlig ausgeblendet. Migrantische Frauen und Queers (LGBTQIA+) sind von patriarchalen und rassistischen Strukturen besonders betroffen. Häufig erfahren sie Diskriminierung in Form von geringeren Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Wohnungssuche.

Doch auch weit darüber hinaus wird im sogenannten "weißen Feminismus", einer Spielart des liberalen Feminismus, das alleinige Prinzip von Diskriminierung durch das Geschlecht oder die Geschlechtsidentität vorgeschoben, ohne dass dabei wichtige Faktoren wie Ethnie, Hautfarbe, Religion und Klassenzugehörigkeit berücksichtigt werden. Parallel dazu nimmt häusliche Gewalt im allgemeinen stetig zu, 2022 gab mehr als 143.000 Opfer von häuslicher Gewalt, die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich höher.

Frauen werden unterdrückt, in eine finanzielle Abhängigkeit gedrängt und körperlich, sexuell und emotional missbraucht und misshandelt. Auf die Hilfe der Polizei können gerade migrantische Frauen nicht zählen. Sie werden nicht ernst genommen, sehen sich mit rassistischen Strukturen konfrontiert und letztendlich wird ihnen selbst die Schuld für den Missbrauch gegeben.

Jeden Tag versucht ein Mann eine Frau umzubringen, weil sie eine Frau ist, jeden dritten gelingt es. So also endet jeder dritte Tag für eine von uns mit der Ermordung durch Männer.

Die herrschende Klasse versucht dieses Symptom des Kapitalismus in der privaten Sphäre zu verordnen und isoliert Feminizide von einander als "Famili-entragödien". Doch wir wehren uns, lassen uns nicht ins Private zurückdrängen und kämpfen entschlossen. Nehmt ihr uns eine, antworten wir alle.

Wir als Feminist:innen dürfen nicht übersehen, dass kapitalistische Ausbeutung sowie die entsprechenden Eigentumsverhältnisse und Produktionsweise ganz eng verbunden sind mit patriarchaler Unterdrückung und rassistischen Strukturen. Wir brauchen eine ernsthafte und intensive Auseinandersetzung mit rassistischer und sexistischer Diskriminierung in seiner historischen sowie gegenwärtigen Form. Wir müssen Feminismus von seinen kolonialen und liberalen Fesseln befreien.

Doch auch unsere eigenen Reihen sind nicht frei von patriarchaler Gewalt. Immer wieder kommen Fälle von sexualisierter Gewalt zutage, wird Victim-Blaming betrieben, Misogynie weiter internalisiert. Dies zeigt, dass es nicht reicht, den Klassenfeind und das Kapital anzugreifen. Wir brauchen neben unserer revolutionären Arbeit feministische Praxis. Familie, Arbeitsteilung, rechtliche und soziale Gleichstellung,

Antirassismus, Liebe, Sexualität und Körperlichkeiten müssen also ein bestehender Teil feministischer Theorie sein. Wir dürfen uns nicht in private Sphären zurück drängen lassen, stattdessen müssen wir gesamtgesellschaftlich kämpfen. Der materialistische und marxistische Feminismus erkennt: der Kapitalismus und das damit verwobene Patriarchat sind grundsätzliche Elemente der weiterhin bestehenden Unterdrückung von Frauen und Queers.

Doch sind sowohl der Kapitalismus als auch das Patriarchat nicht naturgegeben, sondern bilden Strukturen, die nicht nur überwunden werden können, sondern um die wirkliche und tatsächliche Befreiung von Frauen und Queers zu erreichen, umgestürzt werden müssen.

Diese Art von Feminismus bedeutet für uns nicht nur Theorie, sondern ist gleichzeitig wichtiger Bestandteil unserer politischen Praxis.



Klimakampf.

"Umweltschutz ohne Klassenkampf ist nur Gärtnern."

– Chico Mendes

Die Klimakrise verschärft sich immer weiter und schneller und mündet ab einem bestimmten Zeitpunkt in einen unausweichlichen Kollaps. An diesem sind wir sehr nah dran: Die meisten Kippunkte, ab denen die Klimakatastrophe unumkehrbar wird, erreichen wir bei einer Erderwärmung von 1,5 bis 2 Grad Celsius. Um diese zu verhindern, sind schnelle, radikale Veränderungen notwendig.

Diese werden wir in einem kapitalistischen System nicht durchsetzen können, schließlich basiert es auf der ständigen Intensivierung der Ausbeutung von Mensch und Natur. Kapitalist:innen unterliegen einem ständigen Konkurrenzkampf um Gewinne. Um mehr zu verkaufen als ihre Konkurrent:innen müssen sie entweder ständig die Ausbeutung ihrer Arbeiter:innen oder die der natürlichen Ressourcen aus-

weiten. Wer hier nicht mitzieht, wird vom Markt verdrängt. Konsequenz ist die ständige Ausweitung der Produktion bis hin zur Überproduktion, das Schaffen von neuen Bedürfnissen und die künstliche Verknappung der Lebenszeit von Produkten. Um konsequenten Klimaschutz zu betreiben, müssen den Privatunternehmen die Produktionsmittel entrissen und das Konkurrenzprinzip außer Kraft gesetzt werden. Darauf aufbauen wollen wir eine vergesellschaftete, bedürfnisorientierte Produktion.

Wir als Marxist:innen sehen, dass alle Konflikte, die sich im Rahmen der Klimakrise bereits jetzt abspielen und bei weiterer Zuspitzung noch abspielen werden, Kassenkonflikte sind - Konflikte zwischen den Profitinteressen der Kapitalist:innen und den Lebensgrundlagen der Mehrheit.

Die Entscheidungen, die die Klimakrise immer weiter verschärfen, werden von den Eigentümer:innen der Produktionsmittel und ihren staatlichen Interessenvertreter:innen getroffen. Diejenigen, die die Konsequenzen dieser Entscheidungen der 1% dieser Gesellschaft als erstes und am stärksten zu spüren bekommen, sind die Mitglieder der globalen Arbeiter:innenklasse. In besonderem Maße betroffen sind die Arbeiter:innen im globalen Süden. Die Arbeiter:innen im Norden haben aufgrund ihrer prekären ökonomischen Situation keine andere Wahl, als wenn auch nur im geringen Maße im Vergleich zur

Kapitalist:innenklasse, auf dem Rücken ihrer Brüder und Schwestern im Süden zu konsumieren und deren Ausbeutung so weiter voran zu treiben. In Folge des jahrhundertelangen Emittierens von Treibhausgasen durch die imperialistischen Zentren leiden die Arbeiter:innen im globalen Süden schon jetzt unter akuter Ernährungsunsicherheit aufgrund von Dürren und krepieren wegen Überschwemmungen und Stürmen. Dennoch können sie von den Hauptemittent:innen nichts besseres erwarten, als dass diese ihnen dabei zusehen, wie sie vor der europäischen Festung ertrinken. Die Zustände an den Grenzen der imperialistischen Zentren sind lediglich ein Vorgesmack auf die Barbarei, die uns erwartet, wenn wir uns nicht gegen die Herrschenden hier und überall auflehnen. In einer Welt, die sich um 2 Grad mehr erwärmt, können wir ohne Sozialismus nicht leben.

Die Eigentumsverhältnisse anzugreifen, bedeutet auch, den Staat angreifen zu müssen. Dieser spielt eine entscheidende Rolle in der Erhaltung der Klassenverhältnisse, der Durchsetzung der Konzerninteressen und somit der Entstehung der Klimakrise. Der Staat vertritt das Interesse der verschiedenen Kapitalfraktionen und kann deswegen kein Helfer im Kampf gegen die Klimakrise sein. Er ist das Machtinstrument, mit dem das Kapital seine Produktion und sein Eigentum organisiert. Deswegen lehnen wir Appelle an den Staat, wie linksliberale und bürgerliche Klimabewegungen sie betreiben, entschieden ab.

Wir sind überzeugt, dass Forderungen an den Staat, sich gegen die Klimakrise einzusetzen und Konzerne in die Schranken zu weisen, ins Leere laufen müssen. Die Propagierung der Politik vom grünen Wachstum, das greenwashing durch Konzerne und das Anheizen individualisierter Konsumkritik sind der Versuch, der bestehenden Ausbeutung von Mensch und Natur einen grünen Anstrich zu geben und von der eigenen Verantwortung abzulenken.

Wir wollen Teil der revolutionären Bewegung sein, die Staat und Kapital und ihre Heuchelei in die Zange nimmt. Wir wollen die Eigentumsfrage nicht nur stellen, wir wollen sie in unserer Praxis auf der Straße beantworten und die Betriebe selbst in die Hand nehmen. Dies kann nur in Zusammenarbeit mit den Arbeiter:innen der Betriebe funktionieren um die wahren Verursacher von Klimakrise und Ausbeutung zu treffen. Alles andere führt zu einer Entfremdung der arbeitenden Bevölkerung von der Klimabewegung und stärkt letztlich so nur die Herrschenden. Deswegen wollen wir stets die Verbindung zu Streiks und Arbeitskämpfen suchen. Wir sind überzeugt, dass die Revolution und mit ihr der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsweise uns in die Lage versetzt, uns entscheiden zu können, was und wie wir produzieren wollen. In dieser müssen wirtschaftliche Entscheidungen gleichermaßen zugunsten der Bevölkerung wie auch des Klimas getroffen werden.

Reform, Revolution und Sozialismus.

**“Eure »Ordnung« ist auf Sand gebaut.
Die Revolution wird sich morgen schon
»rasselnd wieder in die Höh’ richten« und
zu eurem Schrecken mit Posaunenklang
verkünden: »Ich war, ich bin, ich werde sein!“**

- Rosa Luxemburg

Egal wo man hinschaut, überall ist offensichtlich, dass unsere Welt vor die Hunde geht. Kaum jemand glaubt noch an eine bessere Zukunft oder, dass es der nächsten Generation noch einmal besser gehen wird als uns, im Gegenteil: Viele fragen sich, ob die Zukunft überhaupt noch lebenswert sein wird. Viele Menschen - vielleicht auch du - spüren, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Doch was fehlt, ist die Hoffnung, dass eine grundlegende Alternative zum Kapitalismus und damit eine bessere Welt möglich ist. Und kaum jemand glaubt, überhaupt etwas an den bestehenden Verhältnissen ändern zu können. Wir dagegen sind überzeugt: Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Eine bessere Welt ist

möglich. Doch wie könnte diese Alternative aussehen? Wie kommen wir dorthin? Braucht es dazu wirklich eine Revolution oder reichen schrittweise Reformen nicht völlig aus?

Wir sind nicht prinzipiell gegen Reformen. Durch harte und oft blutige Klassenkämpfe konnten in begrenztem Maße soziale Verbesserungen für die Arbeiter:innen erkämpft und ihr politischer Handlungsspielraum verbessert werden. Der Kampf um Reformen kann das Klassenbewusstsein schärfen und den Arbeiter:innen klar machen, dass es sich lohnt, kollektiv als Klasse für die eigenen Interessen zu kämpfen und dass die Verhältnisse veränderbar sind. Reformen alleine können den unversöhnlichen Grundwiderspruch zwischen Kapitalist:innen und Arbeiter:innen jedoch nicht aufheben, der wie ein tiefer Riss nach wie vor die kapitalistische Klassengesellschaft durchzieht. Denn Reformen tasten den heiligen Grundpfeiler des Kapitalismus nicht an, der die Herrschaft der Kapitalist:innen über die Arbeiter:innen begründet: Das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Solange dieses Privateigentum und das daraus resultierende Ausbeutungsverhältnis weiterhin besteht, bedeutet das die Klassenspaltung der Gesellschaft in Ausbeuter:innen und Ausgebeutete und zwangsläufig ständige Angst der Arbeiter:innen um ihre ökonomische Existenz. Denn alle noch so klei-

nen, hart erkämpften sozialen Verbesserungen und Rechte stehen immer unter dem Vorbehalt, durch Gegenoffensiven der Kapitalist:innen rückgängig gemacht zu werden. So wurden im Zuge der neoliberalen Ära auch in der BRD unter Rot-Grün mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen soziale Erregungenschaften zurück gedrängt, Arbeiter:innenrechte ausgehöhlt, die Gewerkschaften geschwächt und Reiche sowie Konzerne mit Steuergeschenken überschüttet, während der Niedriglohnsektor explodierte und die Löhne der Arbeiter:innen sanken. Auch heute wird von Kapitalverbänden die Einschränkung des Streikrechts forciert und es droht weiterer Sozialabbau. Reformen dienten zudem historisch auch immer dazu, revolutionäre Bestrebungen einzuhegen und ins System zu integrieren.

Um die absolute Mehrheit der Gesellschaft – die Arbeiter:innenklasse – von diesen ausbeuterischen Verhältnissen zu befreien und ihr ein langfristig gutes Leben zu ermöglichen, braucht es eine grundlegende Umwälzung der bestehenden Eigentumsverhältnisse. Die Kapitalist:innen müssen entmachtet und ihre Produktionsmittel unter demokratische Kontrolle durch die Arbeiter:innenklasse gestellt werden, um eine bedürfnisorientierte und sozialistische Wirtschaftsordnung aufzubauen. Doch die herrschende Klasse wird nicht freiwillig ihre Profite und ihre Macht aufgeben, erst Recht nicht auf parlamentarischem Wege. Sie wird notfalls auf ihre staat-

lichen Institutionen und Repressionsorgane zurückgreifen oder auf eine faschistische Diktatur setzen, um die revolutionäre Bewegung mit Gewalt zu unterdrücken, wie das historisch immer der Fall war. Deshalb müssen die Arbeiter:innen verbunden mit ihrer revolutionären Arbeiter:innenpartei die bestehenden bürgerlichen Staatsorgane durch eigene staatliche Organe der Arbeiter:innenmacht ersetzen, um die sozialistische Revolution zu verteidigen.

In diesem sozialistischen Staat wird die absolute Mehrheit, die der arbeitenden Bevölkerung, die Herrschaft ausüben und die sozialistische Demokratie aufbauen, die wirklich die Interessen der Mehrheit vertritt. Wie genau sich diese sozialistische Gesellschaft organisieren wird und wie ihre politische Ordnung im Detail aussehen wird, wird ein Prozess sein, den wir gemeinsam gestalten werden. Dieser Weg wird von den konkreten materiellen Bedingungen und der Härte des Klassenkampfes abhängen. Die beschriebenen Grundmerkmale dieser sozialistischen Gesellschaftsordnung werden uns dabei in die Lage versetzen, die gegenwärtigen kapitalistischen Grundübel zu überwinden.

So wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft. Alle wichtigen Produktionsmittel werden sich in Gemeineigentum befinden und die wirtschaftlichen Überschüsse werden gesamtgesellschaftlich angeeignet, um planmäßig die Be-

dürfnisse in der Gesellschaft zu befriedigen. Alle zentralen wirtschaftlichen Entscheidungen, wie und was wir eigentlich produzieren wollen, können nun erstmals demokratisch entschieden werden. Wohnen wäre keine Ware mehr, sondern ein Grundrecht. Denn die Häuser gehören denen, die drin wohnen. Krankenhäuser wären keine Profitmaschinen voller ausgebrannter Pfleger:innen mehr, sondern gut ausgestattete Einrichtungen für alle. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Vergesellschaftung der Kindererziehung sowie der Haus- und Sorgearbeit würden unter anderem die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen stärken und damit den Grundstein für ihre Befreiung legen.

Ein umfassender ökologischer Umbau der Wirtschaft und des Verkehrswesens, echter Klimaschutz statt Symbolpolitik wären möglich, da sie nicht mehr am Widerstand von Konzernen und Profitstreben scheitern würden. Die Errungenschaften der Automatisierung und Digitalisierung könnten dafür genutzt werden, die Arbeitszeiten radikal zu verkürzen. Wir hätten mehr Zeit für unsere Freund:innen, unsere Familien oder die Dinge, die uns wirklich Spaß machen im Leben. Alle notwendige Arbeit ließe sich dadurch gerecht verteilen, niemand müsste arbeitslos sein. Kein Mensch auf dieser Welt müsste mehr an Hunger oder heilbaren Krankheiten sterben.

Dazu gilt es, aus vergangenen sozialistischen Aufbauversuchen zu lernen – im Guten wie im Schlechten. Ohne Dämonisierung aber auch ohne Romantisierung müssen wir uns differenziert und schonungslos mit begangenen Fehlern und den Gründen für das Scheitern auseinandersetzen, um einen neuen und vor allem erfolgreichen sozialistischen Aufbruch zu wagen. Doch mit unserem heutigen Wissen, den heutigen viel besseren ökonomischen Ausgangsbedingungen und vor allem den neusten technischen Möglichkeiten im Bereich der Digitalisierung sind wir so gut wie noch nie in der Lage, einen effizienten und modernen Sozialismus aufzubauen. Das alles ist keine naive Träumerei. Wir sind heute objektiv dazu in der Lage, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Doch dafür müssen wir uns organisieren und kämpfen. Diese Welt wird unser sein, wenn wir sie uns nehmen.



Vernetzt euch mit uns auf Instagram! - @rosa_orga
Oder schreibt uns eine Mail! - rosaorga@riseup.net

ROSA.

Ausgabe 1

©2023



rosa_orga



rosaorga@riseup.net